NACHRICHTEN DER



33. JAHRGANG - NR. 357

JANUAR / HARTUNG 2011

Kontakt über: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)
Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.

ERSCHEINUNGSVERMERK

Die **HNG-NACHRICHTEN** erscheinen monatlich und haben allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand. Die Ansichten einzelner Autoren und Leserbriefschreiber decken sich nicht immer mit den Ansichten der Schriftleitung und des HNG-Vorstands. Die Schriftleitung behält sich Kürzungen vor, wobei versucht wird, Sinnentstellungen zu vermeiden. Artikel und Briefe mit Namensnennung (auch Kürzel) werden von den Autoren verantwortet. Für irrtümlich abgedruckte Plagiate und unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge wird keinerlei Verantwortung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nur bei beigefügtem Rückporto und nach Ermessen. **V.i.S.d.P.: Mareike Brauchitsch c/o Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.**

Die **HNG-NACHRICHTEN** bleiben solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden sind. Eine Zurhabenahme gilt ausdrücklich nicht als Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle des Anhaltens oder der Nichtaushändigung sind die **HNG-NACHRICHTEN** mit den Gründen der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Mitglieder der HNG e.V. erhalten die **HNG-NACHRICHTEN** kostenlos, ausgenommen, sie sind mindestens 6 Monate mit ihrem Monatsbeitrag im Rückstand. Außenstehende können Einzelexemplare zum Preis von 3,— Euro beziehen (Jahresabonnement: 31,— Euro für 12 Ausgaben). Es handelt sich jeweils um Selbstkostenpreise einschließlich Versandkosten. Die **HNG-NACHRICHTEN** sind ebenso wie die HNG e.V. kein kommerzielles Unternehmen. Eventuelle Überschüsse werden für die karitative Arbeit im Sinne der Satzung der HNG e.V. verwendet.

Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung ...
... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!

(Bundesverfassungsgericht, Az. 2 BvR 2560/95)

UNBEDINGT BEACHTEN!
Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen! Solltet Ihr einmal keine Post von uns erhalten so gebt uns bitte umgehend Bescheid. e-Post: hng-ev@web.de oder Ferndruck: 03212-1225967

Es gelten folgende Beitragssätze für Mitglieder der HNG:

ermäßigter Monatsbeitrag für sozial Schwache wie Arbeitslose, Lehrlinge, Umschüler etc. **4,- Euro**

für Normalverdiener, **7,- Euro**

Bilanz des BRD-Regimes:

108.562 politische Verfahren wegen Meinungsdelikten (in den letzten zwölf Jahren!)

Das sind allein 108.562 gute Gründe, die HNG zu unterstützen!

Unsere Forderung lautet:

Freiheit für alle verfolgten Nationalisten!

Schluß mit der Gesinnungsjustiz!

brddr



Immer präsent durch
ihre besten Seiten

Redeverbote
Berufsverbote
Parteienverbote
Versammlungsverbote

Jeder kann bei uns seine Meinung frei äußern

VORAUSSETZUNG IST ALLERDINGS:

Sie entspricht der von uns veröffentlichten

Aufgrund erweiterter Sondergesetzgebung §130 GG,
wird die seitherige Darstellung nicht mehr erscheinen.

Das Imperium der Lüge zerbricht an der Wahrheit

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 04.11.2009, Az. 1 BvR 2150/08, endgültig entschieden, daß das Versammlungsverbot des Trauermarsches für Rudolf Hess in Wunsiedel und der neue § 130 IV StGB rechtmäßig sind und nicht die Versammlungsfreiheit und nicht die Meinungsfreiheit verletzen.

Das höchste deutsche Gericht hat zwar zugegeben, daß es sich bei diesem Gesetz nicht um ein allgemeines Gesetz, sondern um Sonderrecht handelt, daß dies aber ausnahmsweise mit den beiden Grundrechten in Einklang steht, weil das Grundgesetz geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden kann.

Seit dem 01.04.2005 begeht also eine Volksverhetzung nicht nur, wer zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder wer die Judenvernichtung leugnet oder verharmlost, sondern auch, wer die Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Der öffentliche Friede wird dann gestört, wenn die Öffentlichkeit von der Tat erfährt. Die Opferwürde wird verletzt, wenn eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Rassenideologie erfolgt. Die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft wird bereits dann gebilligt, verherrlicht oder gerechtfertigt, wenn eine einzelne Person geehrt wird, die eine Symbolfigur ist (BVerfG aaO und BVerwG, Urteil vom 25.06.2008, Az. 6 C 21/07, zu finden in NJW 2009, 98). Wir kennen nicht alle Symbolfiguren der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft. Wir wissen auch nicht, ob auch bestimmte Vorgänge symbolhaft sind und daher unter diese Strafvorschrift fallen. Wir wissen schon gar nicht, ab wann bereits eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft vorliegt.

Weitere Informationen unter:
www.deutsches-rechtsbuero.de

GEFANGENENLISTE

-n.G.- = neuer Gefangener, -n.A.- = neue Anschrift

Sylvia Stolz	Münchner Str. 33, 86551 Aichach
Horst Mahler	Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg

Ausland und BRD-Postausland

Franklin Anthony	#125969, FCF, PoBox. 999, Canon City, CO. 81215, USA
Honsik Gerd	JVA-Simmering, Brühlgasse 2/A, A – 1110 Wien
Killen Edgar Ray	#112906, C.M.C.F., Unit 3 Max, PO Box 88550, Pearl MS 39208, USA
Melton Christopher	TDCJ # 1097949, Central Unit, One Circle Drive, Sugarland, Texas 77478, USA
Priebke Erich	Associazione Uomo e Libertà, Sg. E. Priebke, Via Cardinal San-Felice N 5, I-00167 Roma
Scutari Richard	# 34840-080, U.S.P. CMU, P.O.BOX 1000, Marion, IL, 62959, USA
Trevor Thompson	#11434 - 1946, West U.S. Highway 40, Greenkastle, IN 46135, USA
Ron Bach Shelby	# 547789, Bill Clements Unit, 9601 Spur 591 Amarillo, TX 79107-9606 USA
Vincent Reynouard	Prison de Forest, 52 avenue´de la Jonchion B-1190 Forest / Belgien

Briefkontakt wünschen

Burghardt Jaime	Ludwigshafener Str.20, 67227 Frankenthal
Bake Daniel	Gillstr.1 58239 Schwerte
Brandt Andreas	Lehmkietenweg 1, 15926 Luckau OT Duben
Diesner Kay	Marliring 41, 23566 Lübeck
Drews David	Oststr.2, 03052 Cottbus
Fischer Matthias	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Hilbrecht Enrico	Anton-Saefkow Allee 22 c, 14772 Brandenburg
Kietz Bruce	Schnoggersburger Weg 1, 39599 Uchtspringe
Kreitmair Michael	Station F2,Haus 33/0,Postfach 1111, 83501 Wasserburg
Köhler Alexander	Deutzener Str. 80, 04565 Regis-Breitingen
Kurth Alexander	Am Fort Zinna 7, 04860 Torgau
Küstermann Torsten	Masurenstr. 28, 42899 Remscheid
Lehnertz Daniel	Weinstr. 100, 76889 Klingenmünster
Leipski Hendrik	Station 64 / Goslarsche Landstr. 60, 31135 Hildesheim
Löffelbein-Reusch Tim	Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg
Milde Stefan	Madel 100, 39288 Burg
Müller Steve	Obere Sandstr. 38, 96049 Bamberg

Neubacher Martin	ZfP Reichenau (Haus 4) Feursteinstr. 55, 78479 Reichenau
Ockenga Christian	Ameos Klinikum, Knollstr. 31, 49088 Osnabrück
Onderka Markus	Alexander-Puschkin-Str 7, 99334 Ichtershausen
Rohrbach Christoph	Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal
Russer Alexander	Münchener Str. 29, 85435 Erding
Senglaub Sascha	Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben
Schulz Marcel	Werner-v.-Siemens-Str. 2, 92224 Amberg
Schneeweiß Christian	Tündersche Str. 50, 31789 Hameln
Schunke Philipp Marc	Schnedebruch 8, 31319 Sehnde
Theobald Rene	Seidelstr. 39, TA2, 13507 Berlin
Tobiasz Angelo	Dr. - Traugott-Benderstr. 2, 74740 Adelsheim
Wischmann Rene´	Robert-v.-Osterlag-Str.2, 14163 Berlin
Wirth Mathias	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Zollonds Dirk	JVA Lauerhof, Marli-Ring 41, 23566 Lübeck
Zunner Frank	Mannerstr. 6, 90429 Nürnberg

Alle Kameradinnen und Kameraden und Abonnenten werden gebeten ihre Beiträge auf das neue Konto zu überweisen, damit die Arbeit weiter geht.



Die Neue Bankverbindung lautet:

Sparkasse Mainz
Inhaber: Ursula Müller
Konto Nr.: 2000 52 751
BLZ: 550 501 20



BRIEFE AN DEN VORSTAND

Wichtig: *Die hier veröffentlichten Briefe an den HNG-Vorstand geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. Schriftleiters wieder. Namentlich gekennzeichnete Schreiben werden von den Verfassern verantwortet. Grundsätzlich gelten alle Schreiben an die Schriftleitung als Leserzuschriften, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes vereinbart.*

Brief von Marc

Heil dir, vielen Dank für deinen Brief, Briefmarken und die Karten, worüber ich mich sehr gefreut habe. Ich muß mich für diese späte Antwort entschuldigen. Ich habe mich in der letzten Zeit etwas weitergebildet (berufliches Selbststudium) und einiges gelesen, so daß sich die Post ein wenig stapelte und ich bei der Beantwortung etwas in Verzug gekommen bin.

Ich habe u.a. das Buch „Am Ende der Geduld“ von der, auf mysteriöserweise zu Tode gekommenen, Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig gelesen und muß zugeben, daß ich ihr in vielen Dingen zustimmen muß. Interessant fand ich, vor allem ihre Ausführungen zu den sogenannten Libanesischen – und Arabischen – Clans, daß diese von vornherein nicht an Integration interessiert waren und auch nie werden, sondern nur am Profit. Es geht sogar soweit, daß sie Kinder bzw. Jugendliche, unter falschem Vorwand, nach Deutschland schleusen, wo sie dann u.a. Drogen verkaufen müssen, um ihre „humanitären“ Schleußer bezahlen bzw. am Leben bleiben zu können (vergleichbar mit den mexikanischen Drogenbanden an der Grenze zu den Vereinigten Staaten).

Ich nehme mal an, daß Du den Betrug bei der Jewish Claims Conference mitbekommen hast. Nun bekommt es endlich einen offiziellen Charakter, „Die Juden bescheißen sich nun schon gegenseitig.“ 42 Millionen US-Dollar sollen sie falsch abgerechnet und unterschlagen haben. Viel schlimmer finde ich allerdings, daß wir dieser zwielichtigen Organisation seit 1951 bereits 66,1 Millionen Euro in den Rachen geworfen haben.

Diese Zahl wurde in den Zeitungen natürlich sofort relativiert, wie z.B. in der Süddeutschen Zeitung, in der ein jüdischer Publizist (Raul Teitelbaum) sich einmal die „Mühe“ machte, eine Hochrechnung aufzustellen, was die Entschädigung jeden deutschen Bundesbürger wohl gekostet haben mag.

„Im Laufe von mehr als 50 Jahren entfielen auf jeden Deutschen alles in allem umgerechnet 984 US-Dollar. Das sind 19 Dollar pro Jahr und 1,60 Dollar pro Monat, weniger als ein Glas Bier. Man kann also schlecht behaupten, daß der Preis, den die Deutschen aus eigener Tasche entrichten mußten, ein finanzielles Opfer darstellte, zumal Deutschland für dieses Taschengeld die, moralische Eintrittskarte' für die Völkergemeinschaft erhielt.“

Das bedeutet also, daß wir, für diese „günstige Wiedergutmachung“, für die wir die Anerkennung in der Welt und die Errichtung eines Multikulti-Staates,

der auf die Ausrottung des deutschen Volkes abzielt, erhalten haben, auch noch dankbar sein müssen?

Bis dahin, schöne Grüße nach Mainz, vom „Kamerad in Ketten".

Mit kameradschaftlichem Gruß
Marc

Brief von Rene´

Moin, Moin und Heil Dir Kameradin Ursel, mir geht's den Umständen entsprechend und ich kann mich in Sachen Arbeit auch nicht beklagen. Aber was sagst du zu der Wahl bzw. Abstimmung in der Schweiz, zwecks der Abschiebung Krimineller Ausländer?

Also ick muß sagen, da kann sich unser ach so „demokratischer" Staat eine Scheibe abschneiden! Und ick hoffe das es so nicht weitergehen kann bzw. darf, das Ausländische Kriminelle Staatschmarotzer weiter Asyl in unserem Vaterland bekommen und es dafür nur eine Antwort geben kann, die Abschiebung!

Aber ich denke mal das wird erstmal nur ein Traum bleiben, da ja unsere Politik von diesem „Demokratischen" Staat lieber Ausländische Interessen Unterstützt als sein eigenes Volk!

In diesem Sinne und in Volkstreue
Dein Kamerad Rene´

Brief von Sascha

Liebe Ursel, ich danke Euch für den Brief – welcher mich am 16.11. er-

SOLIDARITÄT

Weltweite Organisationen für nationale politische Gefangene:



Frankreich
Collectif d´ Entraide
aux Prisonniers
Europeens (C.E.P.E.)
B.P. 4-7187
F- 30914 NIMES
cedex 2

Spanien
Alternativa Europea
Ap. correos 877
08080 Barcelona

Serbien
SF/RGJ
P. Fah 138
35000 Jagodina

Neuseeland
Western Destiny
P.O. Box 1627
Parap. Beach

U.S.A.
Thule Publication
PO Box 4542
Portland OR 97208

Australien
Australian R.M.
PO Box 2047
Rockingham WA 6168

Liberty Rights Advocates
PO Box 713
JOHNSTOWN
OH 43031 USA

französisch-amerikanische Gefangenenhilfsgruppe
National Alliance
P.O. Box 90, Hillsboro, WV 24946
www.natall.com

reichte. Ich habe mich sehr gefreut. Bei mir läuft einiges daneben: Anfang Oktober habe ich mir die Leiste (linke Seite) gebrochen. Aus irgendwelchen Gründen wollen die es nicht operieren lassen – statt – dessen haben die mich Arbeitsunfähig geschrieben. Das erst einmal dazu!

Man kennt ja das Sprichwort: „Viele Köche verderben den Brei!“ Das trifft auf die Regierung zu! Bei uns in Thüringen soll bis Januar 2011 – ein Programm stehen „Gegen Extremismus“ Es richtet sich gegen Nationalisten. Das es auch einen Linksextremismus in Thüringen gibt wird geleugnet und verharmlost. Ich kann mich noch gut an den April 2009 erinnern: Als Erfurt im Ausnahmezustand war (Randale, Straßenschlachten mit der Polizei, brennende Mülleimer), nachdem ein von linken besetztes Haus geräumt wurde. Bei der Aufgabe: Ein Sammelpunkt für Nationale Kräfte – ist schwierig - da es, seit Jahren verschiedene Probleme gibt. Es fängt schon beim Zusammenhalt an usw., ich will aber nicht weiter darauf eingehen. Das Thema habe ich gerade mit Alexander. Solang dies nicht geklärt wird, werden wir nur sehr langsam voran kommen. Deshalb sollte das Motto lauten „Klasse statt Masse!“ Damit schließe ich die Zeilen und freue mich jetzt schon auf eine Antwort.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Sascha

NS: Vielen Dank für die Karten!

„Wer die Wahrheit nicht kennt, ist nur ein Dummkopf. Wer sie aber kennt, und sie eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher!“ – Galileo Galilei

DIE DUMMEN WERDEN NICHT ALLE. DIE VERDUMMER NEHMEN ZU.

Nicht zu bestreiten ist, daß nach dem Motto „Brot für die Welt, Abtreibung für Deutschland“, die Deutschen durch andere Völker ersetzt werden. Die beste Formulierung dieses neuen Tatbestandes fanden wir in einem Leserbrief des unter Protest aus der CDU ausgetretenen Juristen Dr. Wolfgang Philipp, Stadtrat von Weinheim, den wir wie folgt abdrucken: (Weinheim Nachrichten 7.10. 1992)

**Bibelsprüche genügen nicht
Lichter in der Dunkelheit**

Eine Bischofskonferenz fordert den Fortbestand des Individualrechts auf Asyl, Weinheimer Pfarrer gehen dafür gar auf die Straße. Gebietet christlicher Glaube eine solche Haltung? Welches sind die Entscheidungskriterien?

Genügt es einfach, Bibelsprüche zu zitieren? Muß nicht zuerst einmal die Sache selbst betrachtet werden, um eine in sich sachgerechte Antwort zu finden?

95% der Asylantragsteller sind zu Unrecht hier, verletzen die Ordnung eines Rechtstaates, von deren Bestand auch die Kirche profitiert Die staatliche Asylverwaltung ist zusammengebrochen: 400 000 Anträge liegen unbear-

beitet, Jeden Monat steigt diese Zahl um mindestens 20 000 Fälle an.

Die Masse der Anträge wird nie mehr entschieden werden, schon das Personal für Beamte – und Richterstellen ist weder aufzutreiben noch zu bezahlen. Im Asylrecht ist ein Stadium perfekter Anarchie erreicht, die Staatsgewalt hat abgedankt und erschöpft sich darin, die einströmenden Ausländer zu den alleingelassenen Gemeinden und ihren Bürgern durchzuwinken. Wie immer in der Geschichte hat Versagen der Staatsgewalt das Aufkommen von Faustrecht zur Folge, eine vorhersehbare Entwicklung, so traurig sie auch sein mag.

Auf Deutschlands Straßen liegen 1 Million obdachlose Deutsche, obdachlose Asylbewerber gibt es nicht. Die Kosten der Asylzuwanderung betragen 1992 rund 15 Milliarden DM. Das ist genauso viel wie das gesamte Kirchensteueraufkommen in Deutschland. Wir zahlen also auf Drängen der Kirche für Asylbewerber zwangsweise eine zweite Kirchensteuer.

Das Grundrecht auf Asyl ist in sich unschlüssig und juristisch Unsinn. Es könnte allenfalls der ersten Million, aber nicht der zweiten, dritten oder zehnten Million gewährt werden. Mehr zu versprechen, als man halten kann, gehört nicht gerade zu den christlichen Tugenden.

Das Grundrecht auf Asyl garantiert den zum organisierten Verbrechen gehörenden Schlepperorganisationen die sichere Abnahme ihrer Klientel durch den Staat. Die kriminelle Schleppertätigkeit ist ein Riesengeschäft, 90% der Asylbewerber kommen auf diese Weise ins Land und werden dabei auch noch selbst von den Schleppern ausgebeutet. Das Volk spürt, welch gigantisches Unrecht ihm hier geschieht, und wehrt sich: Durch Wählerverhalten und - schlimmes Ergebnis einfältiger Verhaltensweisen von Politikern, Kirchen und anderen - jetzt auch manchmal durch Gewalt.

Die Kirchen müssen sich fragen lassen, ob sie vor diesem Befund noch ihre Haltung rechtfertigen können. Wer heute das klagbare Grundrecht auf Asyl verteidigt, ist für den Fortbestand oder die Verschärfung der den Rechtsstaat und die Demokratie in ihren Fundamenten bedrohenden Entwicklung verantwortlich.

Es ist pure Heuchelei, die Scheite zusammenzutragen und dann den, der am Ende Feuer legt, in weiterer moralischer Selbstüberhöhung als Brandstifter zu beschimpfen. Auch ist christliches Liebesgebot immer nur ein Appell zu freiwilligem Helfen.

Sich als Kirchenfunktionär ohne jedes Mandat der Kirchenmitglieder hinter dem Staat zu verstecken und den Bürger zur „Nächstenliebe“ zu zwingen, ist abstoßend und geeignet, nicht die schlechtesten Christen schließlich aus der Kirche zu treiben.

Im übrigen fällt auch mir ein Bibelwort ein:

„Weh auch euch Gesetzeslehrern! Ihr ladet den Menschen Lasten auf, die sie kaum tragen können, selbst aber rührt ihr keinen Finger dafür.“ - (Lukas 11/46; ähnlich Math. 23/4).

Auch das letztere stimmt. Die Kirchen tragen zur Unterbringung und zum Unterhalt der Asylbewerber so gut wie nichts bei, auch in Weinhelm lassen sie die Gemeinde und ihre Bürger mit dem Problem allein.

NACH SIEBEN JAHREN HAFT – NOCH IMMER KEINE FREIHEIT!

Im Jahr 2003 wurde Martin Wiese wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) und Planung eines Sprengstoffanschlages verurteilt. Nach siebenjähriger Haft wurde er im August 2010 entlassen. Für die nächsten fünf Jahre wurde Führungsaufsicht angeordnet.

Wir wollen an dieser Stelle schildern, welche Erfahrungen der 1976 in Anklam geborene Wiese in den ersten Monaten nach seiner Entlassung machen mußte.

Schon im Juli 2010 - also einem Monat vor dem Haftende - versuchten Staatsbeamte Kontakt zur Freundin von Wiese aufzunehmen. Ihr wurde am Telefon erklärt, daß sie sich die Beziehung zu ihrem Freund noch einmal gründlich überlegen solle. Auch Wiese wurde im August zu einem „Kooperationsgespräch“ mit den Beamten eingeladen. Als er ablehnte, wurde der Ton rauer.

Wenige Tage in Freiheit versuchte Wiese eine Arbeit zu finden. Er machte ein Praktikum bei einer Spedition. Daraufhin wollte er den LKW-Führerschein machen. Einer Ausbildung zum Berufskraftfahrer stand also nichts mehr im Wege. Die Firma gab ihm einen Vorvertrag und auch das Arbeitsamt willigte ein. Doch auch hier wollten die Staatsdiener nicht tatenlos zu sehen. Der Chef der Spedition bekam Besuch von zwei fragwürdigen Herren. Wiese erhielt wenige Tage später eine schriftliche Mitteilung über die Rücknahme des Vorvertrages. In dem Schreiben hieß es unter anderem:

„*…Nach dem sehr überraschenden Besuch der beiden Herren des Staatsschutzes in der KW 42 in unserem Betrieb hatten wir uns noch über eine Einstellung Ihrerseits geeinigt, auch wenn diese Herren uns bereits Angst einjagen wollten, dass unsere Firma in Gefahr sei, wenn es publik werden würde, dass Sie bei uns beschäftigt wären. Eine Woche später stand ein großer Artikel über Sie im Wochenblatt… Bis dato fiel in der Zeitung kein Wort, wo Sie beschäftigt sind. Aber auch dies wird sicherlich bald verbreitet werden.*

Wir können nicht einmal sicher sein, ob die Herren des Staatsschutzes dies nicht bereits in der Stadtratssitzung verlauten ließen und die hiesigen Zeitungen diese Informationen nur noch zurückhalten! Mittlerweile wird es in der linken Szene publik, dass wir Ihr Arbeitgeber sind. Dies vor allem in diversen Internetseiten. Bevor unsere Firma einen Ruf erhält, den sie nicht verdient hat, möchten wir dem Ganzen direkt aus dem Weg gehen und werden daher unsere Zusage zur Einstellung derzeitig zurückziehen…“



Der Zeitungsartikel, von dem in dem Schreiben die Rede war, ist auch auf Initiative der Staatsdiener entstanden.

Der Verfassungsschutz besuchte nämlich die örtliche Stadtratssitzung und informierte alle Anwesenden über den neuen Einwohner ihrer Gemeinde. Vom deutschlandweit bekanntesten Neonazi war dort die Rede. In dem Artikel hieß es: *„Da lief es selbst abgebrühten Stadträten eiskalt den Rücken hinunter, und auch altgediente Volksvertreter konnten sich nicht erinnern, jemals ein solch gespenstisches Szenario im Rathaus erlebt zu haben."* Martin Wiese sei eine Gefahr für die öffentliche Ordnung.

Außerdem hatte Martin Wiese Probleme mit der Sparkasse. Sein Arbeitslosengeld wurde ohne Benennung von Gründen zurücküberwiesen. Zeitweise mußte er so auf Barauszahlungen zurückgreifen. So kann es also einem politischen Häftling im „freiesten Staat deutscher Geschichte“ ergehen. Das genaue Gegenteil erfahren hingegen Kinderschänder in diesem System nach ihrer Haftentlassung. Bestes Beispiel dafür ist das pommersche Ferdinandshof.

Nur wenige Wochen nach Entlassung besorgte man dem Kinderschänder André K. eine Wohnung, ein Auto und einen Arbeitsplatz. Arbeitgeber, Arbeitskollegen und Nachbarn wurden nicht über die Neigungen des Perversen aufgeklärt.

SCHMIERENTHEATER

Bei Günther Jauch wäre es die Millionenfrage: In welchen Programmpunkten unterscheiden sich die Bundestagsparteien substantiell? Was außer Geschlecht und Haarfarbe machte zum Beispiel bei der letzten Wahl die Spitzenkandidaten Frank-Walter Merkel und Angela Steinmeier unverwechselbar?

Selbst im privaten Kernbereich gleichen sich deutsche Politiker zuweilen auf verblüffende Weise, etwa Renate Künast und Guido Westerwelle in ihrer gemeinsamen Vorliebe für Männer. Da haben es die Wahlkämpfer verdammt schwer: Sie müssen Differenzen vorgaukeln, die man sich beim kollektiven Marsch nach links längst von den Schuhsohlen gelaufen hat.

Glücklicherweise gibt es für nahezu alles eine Lösung. Regierung und Opposition haben sich darauf verständigt, mit großem Getöse jeweils das zu geißeln, was der andere gerade tut oder tun könnte, wenn man ihn denn ließe.

Dadurch entsteht für naive Mitmenschen der Eindruck einer politischen Alternative. Ruft Merkel „hü“, antwor-

tet Sigmar Gabriel ebenso zuverlässig wie lautstark mit „hott“ - und umgekehrt. Trotzdem zuckelt die Kutsche unbeirrbar in gewohnter Richtung weiter.

Denn wenigstens den Pferden ist aufgrund ihres größeren Kopfes klar, daß die scheinbar gegensätzlichen Kommandos nicht ihnen, sondern den Passagieren gelten. Durch die Streiterei auf dem Kutschbock gestaltet sich die Fahrt etwas kurzweiliger.

Und wie sie sich da vorne balgen! Zuletzt um jene fünf Euro, um die der Hartz-IV-Regelsatz für Erwachsene nach Regierungsmeinung angehoben werden soll. Rote und Grüne - riesige Überraschung! - finden das unzureichend und absolut empörend. Sie wollen den Zuschlag verzehnfachen, was nicht nur großzügig, sondern auch völlig unverbindlich daher gesagt ist. Als sie noch an der Macht waren, haben sie die Hartz-IV-Sätze an die Entwicklung der Renten gekoppelt.

Danach gäbe es nun überhaupt keine Erhöhung. So mancher Sozialhilfe-Bezieher erinnert sich freilich nicht einmal mehr daran, daß Hartz-IV eine rot-grüne Erfindung ist und sich damit die Frage verbindet, weshalb die Regelsätze nicht von vornherein auf das „menschenwürdige“ Niveau gebracht wurden, das Gabriel und Künast nun so herzzerreißend anmahnen.

Was uns aber noch mehr verdattert: In der oppositionellen Spendierhose steckt neuerdings auch eine Stange Zigaretten. Ausgerechnet diejenigen, denen (vom Joint abgesehen) kein Rauchverbot zu streng sein kann und die dafür gesorgt haben, daß auf jeder Glimmstengel Schachtel der Tod beschworen wird, geißeln es jetzt als „populistisch“, daß Ausgaben für Tabak und Alkohol nicht länger in die Hartz-IV-Berechnung einfließen sollen. Ein Schelm, wer Böses in der rotgrünen Kritik vermutet.

Es handelt sich keineswegs um einen zynischen Hintergedanken zur Reduzierung des Arbeitslosenproblems, sondern bloß um das übliche Scheingefecht: Was die anderen machen, ist grundsätzlich falsch, auch wenn es dem entspricht, wofür man selber zu stehen behauptet.

Den Vogel schoß SPD-Erzengel Gabriel in der jüngsten Haushaltsdebatte ab. Flammenden Wortes forderte er die Bundesregierung auf, die von seiner eigenen Partei nach jahrelangen Verhandlungen mit der CDU/CSU erwirkte Föderalismusreform rückgängig zu machen.

Erst 2006 waren die entsprechenden Verfassungsänderungen mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und als politischer Geniestreich gefeiert worden. Alles Quatsch, heißt es jetzt, vernunftwidrig und unsinnig! Die SPD auf der Flucht vor sich selber: Ihrer Regierungszeit erinnert sie sich ähnlich gern wie Günter Grass seiner SS-Vergangenheit.

Das Versteckspiel funktioniert, weil die Medien mitmachen. Statt das Gedächtnis der Wähler aufzufrischen, verkleistern sie es mit serviler Hofberichterstattung. Kein Stirnrunzeln, kein Grinsen, wenn die SPD noch einen weiteren ihrer zahlreichen Gesetzes-

irrtümer zu korrigieren verspricht: die Rente mit 67.

Das klingt gut, weckt/Hoffnungen - und wirft uns zurück ins Wahljahr 2005. Damals wurde die von der CDU beabsichtigte Erhöhung der Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte von den Genossen dadurch „verhindert", daß sie - nach der Wahl (!) - drei Prozentpunkte durchsetzten. Bei solcher Form roten Widerstandes kann man sich in etwa ausrechnen, worauf das erneute Fummeln am Renteneintrittsalter hinausläuft.

Denn natürlich wissen Gabriel und seinesgleichen, wie sich der arbeitende Mensch am einfachsten und sichersten vor der Rente mit 67 schützen läßt: durch die Rente mit 70 - wie sie der EU-Kommission bereits vorschwebt.

In Brüssel braucht es kein ritualisiertes Hickhack zur Vortäuschung politischer Gegensätze. Dort funktioniert die „Demokratie" auch ohne Wähler.

Harald Neubauer,
ehem. EU-Abgeordneter,
freier Publizist.

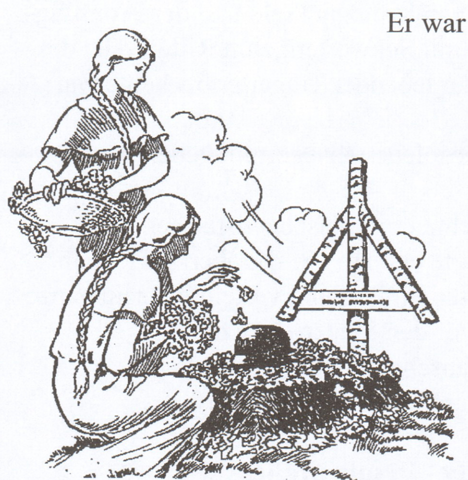
Quelle:
ZUERST! Deutsches Nachrichtenmagazin • 11/2010

Unser treuer Kamerad

Hauptmann
Dr. Heinz Georg Migeod

wurde Mitte November zur großen Armee abberufen.

Er war Inhaber beider Eiserner Kreuze,
des Deutschen Kreuzes in Gold,
der Goldenen Frontflugspange,
des Kretabandes und
des Pokals für besondere
Leistungen im Luftkrieg.
Mit ihm verlieren wir einen
ganz besonderen Kämpfer.

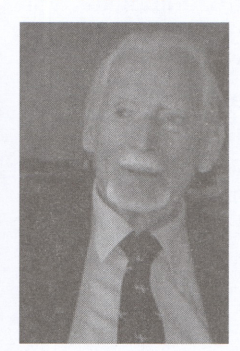


In tiefster Trauer
und mit Gedanken
bei seinen Angehörigen.
R. Rheinsberg

Ich hatt' einen Kameraden

Oberst der Luftwaffe
Hajo (Hans-Joachim) Herrmann

ᛉ 01.08.1913 - ᛦ 05.11.2010

Wir verneigen uns vor dem letzten Leiter der Reichsluftverteidigung
Am 01. August 1913 geboren meldete er sich 1936 freiwillig zur Legion Condor nach Spanien, um dort dem Bolschewismus entgegenzutreten. Nach unzähligen Einsätzen als Jagd- und Kampf-Flieger an allen Fronten gründete er im Mai 1943 das Nacht-Jagd-Geschwader “Wilde Sau” und im April 1945 das Sonder-Kommando-Elbe, die Ramm-Jäger, die unter Opferung des eigenen Flugzeuges die Fliegenden Festungen der us-amerikanischen Luft-Terroristen zum Absturz brachten. Nach 370 Feindflügen, bei denen er vier Mal abgeschossen wurde, erhielt er vom Führer nach dem Deutschen Kreuz in Gold und der Frontflugspange in Gold das Eichenlaub mit Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, dessen letzter lebender Träger er bis heute war.

Niemals wieder wird es solches Kriegertum geben!

Volle 10 Jahre verbrachte er in bolschewistischer Kriegsgefangenschaft und kehrte erst am 12. Oktober 1955 heim. Ungebrochen nahm er ein Jura-Studium auf und verteidigte sein ganzes Leben Kameraden vor den Sieger-Gerichten.
Er blieb unserer Weltanschauung bis zuletzt treu und starb aufrecht am 05. November 2010.

Für die - HNG - Ursula Müller

RICHTERSCHELTE

Weil das Bundesverfassungsgericht einem konservativen Professor Recht gab, geriet es in Visier der linken Presse

Die etablierte Presse war sich einig: Daumen runter für das Bundesverfassungsgericht wegen eines „hanebüchenen" Urteils (Dr. Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung). Vor dem Tribunal der wachsamen Presse fanden die Karlsruher Höchstrichter keine Gnade, hatten sie es doch gewagt, einer altehrwürdigen Stütze der bundesdeutschen Demokratie einen Dämpfer zu verpassen: der Bundeszentrale für politische Bildung. Doch was erhitzte die Gemüter so? Die Bundeszentrale gibt das Deutschland Archiv heraus, eine Fachzeitschrift, in der 2004 ein Aufsatz des emeritierten Politik-Professors Konrad Low erschien, der zuletzt an der Universität Bayreuth lehrte. Low, ein konservativer Forscher und erklärter Antimarxist, vertrat darin die These, daß die Deutschen mehrheitlich keine Sympathien für die Judenverfolgung der Nationalsozialisten hegten.

Auch für die damaligen Wähler der NSDAP hätten antisemitische Motive kaum eine Rolle gespielt, andere Beweggründe seien weitaus wichtiger gewesen. Der Autor hatte diese Thesen später in seinem Buch Das Volk ist ein Trost vertieft und zeitgenössische Zitate zahlreicher jüdischer Deutscher als Belege zusammengetragen. Eine unglaubliche Panne aus Sicht der Bundeszentrale. Es wurde Tabula rasa gemacht. Die Restauflage der Zeitschrift ließ die Bundeszentrale einstampfen, anschließend distanzierte sie sich „aufs Schärfste" von dem Beitrag und entschuldigte sich bei allen, die sich durch die Ausführungen von Konrad Low „verunglimpft" sahen.

Das war dem Wissenschaftler dann doch etwas zu viel, er sah sich tief in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt und klagte. Durchaus nachvollziehbar, denn seit die Bundeszentrale den Stab über ihn gebrochen hatte, setzte eine üble Diffamierungskampagne gegen ihn ein. Zwei Instanzen durchlief er erfolglos, bis das Bundesverfassungsgericht im August 2010 seiner Klage in einer einstimmigen Entscheidung der Ersten Kammer stattgab. Dabei gestand das Gericht der Bundeszentrale durchaus das Recht auf Kritik zu, sie dürfe aber ihre eigenen Interpretationen der Geschichte nicht als die einzig gültigen hinstellen. Weil sie vor allem mit der Form ihrer Distanzierung von Low über das Ziel hinausgeschossen sei, war dem Antrag des Klägers stattzugeben.

Daß das Urteil bei der Bundeszentrale, die seit über zehn Jahren von dem SPD-Politiker Thomas Krüger geleitet wird, zu einer kritischen Selbstreflexion anregen wird, ist kaum anzunehmen. Letztlich widerspräche dies auch dem Geist und Auftrag, den sie seit ihrer Gründung im Jahre 1952 mit großem Eifer verfolgt. Damals hieß sie noch „Bundeszentrale für Heimatdienst", wurde von Adenauer-Intimus Dr. Paul Franken geleitet und war dem

Bundesinnenministerium unterstellt. Dessen damaliger Ressortchef Robert Lehr (CDU) nannte als Aufgaben der neuen Behörde „die staatsbürgerliche Erziehung der Bevölkerung“, die Aufklärung über „aktuelle politische Fragen“ sowie die Verbreitung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung.

In Y., dem offiziellen Magazin der Bundeswehr, hieß es Ende 2007 zur Aufgabe, die die Institution bei ihrer Gründung übertragen bekam: „Sie soll als überkonfessionelle und überparteiliche Bildungseinrichtung einen Beitrag zur vor allem von US-Seite geforderten, Umerziehung' der Deutschen zu Demokratie und Toleranz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges leisten.“

1963 wurde der Behörde dann heutiger Name verpaßt, aus der Umerziehung durch die Besatzungsmächte wurde sukzessive die Selbst-Umerziehung der Besetzten.

Ein Auftrag, den die Behörde nie aus den Augen verlor und der mittlerweile in einem besonderen Tätigkeitsschwerpunkt erfüllt wird: dem „Kampf gegen rechts“. In ihrem Dossier „Rechtsextremismus“ sind in zwei Dutzend Rubriken zahlreiche Beiträge eingestellt.

Die monatlichen Themenschwerpunkte des Dossiers läßt sich die Bundeszentrale ausgerechnet von der Amadeu Antonio Stiftung zusammenstellen, jener fragwürdigen Institution, die unter anderem mit der Verteilung staatlicher Fördergelder aus „Anti-Rechts-Programmen“ an linke, zuweilen auch linksextremistische Gruppierungen beschäftigt ist Ihre Leiterin Anetta Kahane hat in der DDR acht Jahre lang als Stasi-IM „Victoria“ Mitbürger bespitzelt und denunziert.

Offenbar kein Problem für die Bundeszentrale, die in ihrer umfangreichen Autorenliste zur Redaktion des Rechtsextremismus-Dossiers auch zahlreiche Namen aufführt, die nicht für Berührungsängste gegenüber der extremistischen Linken bekannt sind. Haus-Autorin ist zum Beispiel Andrea Röpke, die bei der ultralinken, über Jahrzehnte DDR-finanzierten und DKP-gesteuerten Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) mitwirkt und für Linksaußen-Postillen wie *Der Rechte Rand* und *Blick nach rechts* schreibt.

Im Gründungsjahr der Bundeszentrale schrieb der Spiegel, die neue „Bundeszentrale für Heimatdienst“ solle „positiven Verfassungsschutz“ leisten. Abgesehen von der sich aufdrängenden Frage, welche Behörde(n) dann für „negativen Verfassungsschutz“ stehen, ist dies wohl bis heute das Leitbild geblieben.

Ein Leitbild mit weitem Auslegungsspielraum, wie die Praxis zeigt. Unter dem Mantel von„demokratischer Aufklärung“ und „staatsbürgerlicher Erziehung“ läßt sich trefflich denunzieren, diffamieren, stigmatisieren. Mit gravierenden Folgen für die Betroffenen. Die wenigsten landen letztlich beim Bundesverfassungsgericht.

Robert Diehl
Quelle: ZUERST! Deutsches Nachrichtenmagazin • 11/2010

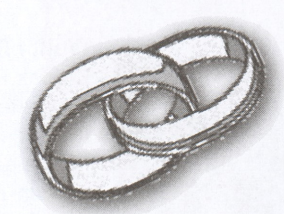
Danksagung

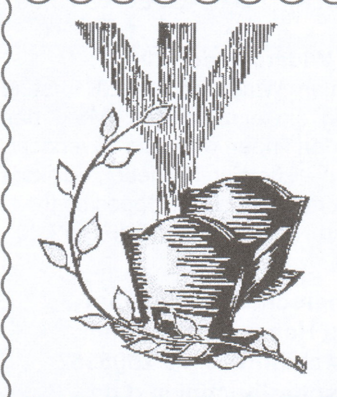
Alle Jahre wieder – so auch dieses Jahr bedanke ich mich von ganzen Herzen bei allen Kameradinnen und Kameraden für die vielen guten Wünsche zu meinem Geburtstag, für das Julfest und für das neue Kampfjahr, über die ich mich sehr gefreut habe und die ich auch gut gebrauchen kann damit sich dieses antideutsche System noch recht lange mit mir herum ärgern muß. Ihr kennt ja alle den Spruch – „Wie du mir, so ich dir" – oder Wiedervergeltung ist keine Sünde – Für uns heißt diese Devise – Trotz Verbot nicht tot – und das Schwert der Treue unbeirrt hochhalten.

In diesem Sinne Grüße ich Euch Alle und wünsche
ein gutes erfolgreichen Neues Jahr
Eure Ursel Müller

U. Müller

Wir gratulieren den Kameraden
Carolin und Bruce Kietz
nachträglich zur ihrer Hochzeit und
wünschen viel Glück.





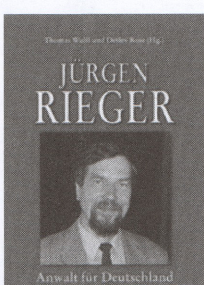
Die Kameraden und glücklichen Eltern
Stefan Weigel & Frau
freuen sich über die Geburt ihrers
Sohnes Nils
der am 07.08.2010
das Licht der Welt erblickte.

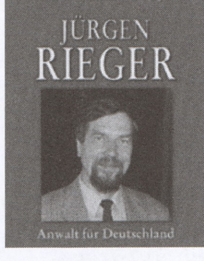
- Wir gratulieren ganz herzlich -

VERNETZUNG

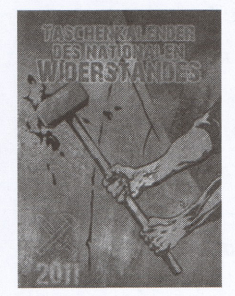
Deutsches Rechtsbüro
www.deutsches-rechtsbüro.de
Bildungswerk Hoffmann v. Fallersleben
www.fallersleben-bildungswerk.de
Exilstaat VODR (GDO, NDO, StDO)
www.vodr.net
Informelle Vernetzung für den Widerstand im Norden
www.netzwerknord.com
Deutschherrenklub
www.deutschherrenklub.bravehost.com
Freies Pommern
www.freies-pommern.de
Gemeinschaft Deutscher Frauen
www.g-d-f.de
Aktionsbündnis Mitteldeutschland
www.nwbb.org
Arbeitskreis Computertechnik im Freistaat Preußen
www.preussen.forum8.biz
Nationales Bündnis Dresden
www.nationales-buendnis-dresden.de
Nordisches Hilswerk
www.nordischeshilfswerk.org
NPD-Wetterau
www.npd-wetterau.de
NPD-Mecklenburg und Pommern
www.npd-mv.de
Bücherherold
www.buecherherold.com
Lausitz Infos
www.lausitz-infos.net
UN Nachrichten
www.un-nachrichten.de
Freier Widerstand Bergisches Land
www.fw.nationales-netz.com
Nordland Verlag
www.nordland-verlag.com
FNSI
www.fsni.info
NPD Siegen
www.npd-siegen.de
Nationalisten Senftenberg
www.senftenberger.blogspot.com
AfP Kommentare
www.afp-kommentare.at

BUCHEMPFEHLUNGEN

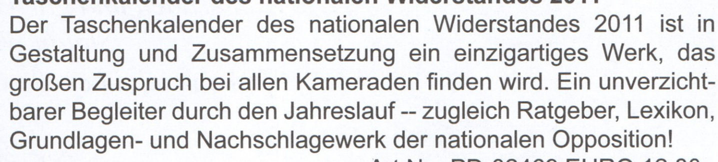




Wulff / Rose: Jürgen Rieger - Anwalt für Deutschland
Dieses Buch zeigt den Jürgen Rieger, wie er in den Medien nicht dargestellt wurde. Es läßt ihn selbst zu Wort kommen, seine Familie, seine Mitstreiter und Kameraden. Jürgen Rieger soll nicht idealisiert werden, sondern als der Mensch dargestellt werden, der er war, mit seinen Fehlern und Schwächen, mit seinen Vorzügen und Stärken. Jürgen Rieger war der Anwalt für Deutschland. Dieses Buch will ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen.
Art.Nr.: PD-02468 EURO 19,90,-



Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2011



Der Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2011 ist in Gestaltung und Zusammensetzung ein einzigartiges Werk, das großen Zuspruch bei allen Kameraden finden wird. Ein unverzichtbarer Begleiter durch den Jahreslauf -- zugleich Ratgeber, Lexikon, Grundlagen- und Nachschlagewerk der nationalen Opposition!



Art.Nr.: PD-02469 EURO 12,80,-

Zu bestellen beim Pommerschen Buchdienst
Pasewalker Str.36 - 17389 Hansestadt Anklam
Tel. & Fax 03971/241533 - Mobilfunk 0175/2505352
Weltnetz: www.pommerscher-buchdienst.de

SCHWARZE LISTE

Drobnak Steffen
Eichhorst Doreen
Failenschmidt Steffen
Gebhard Uwe
Huter Simon
Hofer Christoph
Kohlhepp Martin
Köhler Oliver
Leopolt Karin
Ligensa Stefan
Monnel Wolfgang
Mühlberger Thomas
Neugebauer Andreas
Ratsch Sabrina
Swillins Mandy
Steiner Roman
Teichmann Maik
Teichmann Lars



ACHTUNG:

Bitte die seit Mai ausstehende Beiträge umgehend begleichen,
dazu die **neue** Bankverbindung auf Seite 5 beachten,
es häufen sich massiv Außenstände.





Unser Volk wird gewißlich nicht untergehen;
denn in ihm lebt ein unverwüstlicher Kern
geistiger Wiederherstellungskraft.

Fichte, Johann Gottlieb
(1762 - 1814)





WICHTIGER HINWEIS:

Bei Geldspenden an Kameraden immer erst
mit diesen Rücksprache halten!
<u>Niemals einfach an die Haftanstalten überweisen.</u>
Das Geld könnte in die falschen Hände geraten!





Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen.

Ein Nachsendeauftrag den ihr bei der Post beantragt heißt nicht, daß wir eure neue Anschrift dadurch erfahren.

Ihr müßt uns eure neue Adresse/Anschrift persönlich mitteilen!

Danke!

...sagt der Vorstand der HNG
allen Kameradinnen und Kameraden,
insbesondere N. Kl – St. Wieg – C. Schmi – Ge. Lin – Kameradschaft Rhein – Main – In. u. Flor. Brau. - E. Regn – Ro. Sie - Ro. Rhein. - Wu. Kör. - H. Ka. - Deutsche Stimme Verlag – Ri. Mio – Sig. Bor. – Ka. Pal. – Ja. Lang – Jo. Desch. - und alle die etwas mehr zahlen, für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben.

DAS KETZERBREVIER

„Die Führer dieses Volks sind Verführer.
Wer sich von ihnen führen läßt,
wird in die Irre geleitet,
denn alle sind sie ruchlos und böse
und aus jedem Munde kommt
ruchloses Geschwätz.“

Das Buch Jesaja 9/15

Bitte hier abtrennen und einsenden an: Ursel Müller, Sägewerk 26, D - 55124 Mainz-Gonsenheim

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) e.V. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Bestätigung dieses Antrages.

☐ Von der Satzung des Vereins habe ich Kenntnis genommen.
☐ Die Satzung soll mir zugeschickt werden.

NAME: VORNAME:

GEBURTSTAG: GEBURTSORT:

WOHNORT: STRASSE:

BERUF: TELEFON:

E-POST-ADRESSE: MOBIL-TELEFON:

DATUM: UNTERSCHRIFT:

Es könnte von Vorteil sein, wenn Sie uns die Anschrift des/der nächsten Angehörigen mitteilen.

NAME und ANSCHRIFT: